



Kurzb e r i c h t

über die

*89. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 25. Februar 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Psychisch-Kranken-Gesetzes und des Maßregelvollzugsgesetzes**, [Drucksache 18/1363](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen ab. Einstimmig beschloss er, sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses zu den Vorlagen anzuschließen.

Der Ausschuss führte ein Gespräch mit Vertretern der **28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“** zu den Beschlüssen des Jugendparlaments, [Umdruck 18/3751](#). Im Anschluss daran überwies er die Beschlüsse mit der Bitte an die Fraktionen, gegebenenfalls daraus parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Die Ausschussmitglieder beschlossen außerdem einstimmig, sich zum Antrag der Fraktionen von PIRATEN und FDP, **Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen**, [Drucksache 18/2694](#) (neu) 2. Fassung, dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses anzuschließen und diesem die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu empfehlen.

Zu folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung:

- Bundesratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts

Antrag der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/2693](#)

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von vier Wochen)

- Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht allein lassen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/2691](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/2736](#) - selbstständig -

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen)

Der Tagesordnungspunkt „**Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrollen in Grenz- und Gefahrengebieten**“, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1995](#) (neu), wurde vor dem Hintergrund noch bestehenden Beratungsbedarf in den Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Ausschussmitglieder kamen weiter einstimmig überein, die Empfehlung des Ältestenrats aufzugreifen, auf Flüchtlingspolitik bezogene Vorlagen und Berichte zukünftig möglichst an den Beginn ihrer Sitzungen zu setzen.

Terminplanung:

11. März 2015 (ganztägig)	9:30 Uhr	Gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss: Mündliche Anhörung zur Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Europa, Drucksache 18/2449
	16 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
22. April 2015 (ganztägig)	10 Uhr	Mündliche Anhörung zur Entwicklung der Zuwanderung/Menschenwürdige Unterbringung sichern, Drucksachen 18/2160 und 18/2190

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder